

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

7. Sitzung
12. Mai 2022

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.34 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0031](#)
UVK
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700 bis 0721, 0740 bis
0752, 0780 sowie
Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der
Bezirke – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und
Klimaschutz – alle Titel mit Bezug zu Umwelt,
Verbraucher- und Klimaschutz
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird mit einbezogen:

Sammelvorlage SenUMVK
– ZF 1/ZF 1-Sa – vom 26.04.2022
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Ausschusses für Umwelt,
Verbraucher- und Klimaschutz**
Haushaltsberatung 2022/2023 – Ausschuss UVK
Einzelplan 07 sowie Einzelplan 27, Kapitel 2707

[0031-01](#)
UVK

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ teilt mit, dass die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, CDU, AfD und FDP zusammen mit den Berichtsaufträgen in der als Tischvorlage vorliegenden Synopse aufzufinden seien. Die Synopse sei die Arbeitsgrundlage der heutigen Lesung und könne auch auf der Website des Abgeordnetenhauses unter den Vorgängen 0031 öffentlich eingesehen werden. Der Ablauf der Beratung sehe eine Generalaussprache, eine Einzelberatung der Titel sowie eine Schlussabstimmung über den Einzelplan 07 sowie das Kapitel 2707 im Einzelplan 27 vor. Der Ausschuss habe sich in der 4. Sitzung am 17. März über die Regularien für die Haushaltsberatung verständigt – [siehe hierzu Beschlussprotokoll] –.

Nina Lerch (SPD) schlägt vor, dass die Synopse seitenweise durchgegangen werde, um das Verfahren zu beschleunigen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Generalaussprache

Danny Freymark (CDU) führt aus, er bedanke sich bei der Senatsverwaltung für die Berichte und den Haushaltsentwurf. Es sei aber offensichtlich geworden, dass eine so späte Beratung im laufenden Jahr ungünstig und für viele nicht verständlich sei. Zukünftig sollten die Haushaltsberatungen trotz Wahlen nicht nach hinten verschoben, sondern zumindest vorbereitet werden. Dass erneut mehr Geld für Umwelt, Verbraucherschutz und Klimaschutz zur Verfügung stehe, sei wichtig. Die CDU-Fraktion könne sich sogar noch mehr vorstellen. Um den Abgeordneten mehr Spielräume bei der Verteilung zu geben, wäre es beispielsweise eine Idee, 1 Prozent der Mittel nicht zu verplanen, sondern frei zur Verfügung zu stellen.

Zu begrüßen sei, dass sich der Klimawandel und die -anpassung im Haushalt insofern widerspiegeln, dass es etwa bei der Energiegewinnung eine große Offenheit für neue Wege gebe. Das Problem sei aber, dass es zwar einen Budget-, aber keinen Zeitplan gebe. Die Umsetzung müsse beschleunigt werden, was die CDU-Fraktion unterstütze. Das treffe auch auf die Quote energetisch sanierter Gebäude zu, die in Berlin 1 Prozent betrage. Hierfür brauche es Geld, aber die Schwierigkeit sei die praktische Planung und Umsetzung und dass die Sektorziele der CO₂-Einsparungen auch bei einer Verdoppelung der Quote nicht erreicht würden. Das Land müsse mit seinen öffentlichen Gebäuden ein Vorbild der Sanierung sein.

Petitionen und Volksbegehren zeigten, dass die Stadtgesellschaft ebenfalls eine schnellere Umsetzung wolle. Hier könne der Klimabürger:innenrat wichtige Hinweise an die Politik geben, aber auch die Öffentlichkeit für wichtige Entscheidungen sensibilisieren.

Der Einfluss des Konsumverhaltens bei Strom, Wasser und Lebensmittel werde zu wenig beachtet. Hier brauche es mehr Beratung, Bildung und Aufklärung, sodass der geplante weitere Standort der Verbraucherzentrale im Osten der Stadt wichtig sei. Das müsse aber zeitnah umgesetzt werden.

Im Hinblick auf zivilgesellschaftliches Engagement sei es wichtig, auch kleinere Projekte finanziell zu unterstützen. Leider werde das Engagement "Alles im Fluss" im Haushalt nicht bedacht, aber gerade dort könne die Politik zeigen, dass sie dieses Engagement schätze und es auch gebraucht werde.

Bei den Zielen für die Mobilität gebe es durchaus Konsens, auch wenn es Streitpunkte bezüglich der konkreten Maßnahmen gebe. Der ÖPNV müsse ausgebaut und beschleunigt und das Fahrradfahren sicherer und besser werden. Auch Sharingangebote müssten mitbedacht werden. Die Gestaltungsspielräume lägen aber beim Land. Beispielsweise werde die für Hohen Schönhausen verantwortliche CDU dafür kritisiert, dass keine neuen Fahrradwege entstanden seien, aber die Umsetzung sei oft keine Frage des Wollens, sondern des Budgets. Auch in den Außenbezirken müsse es Projekte geben, die als Vorbild fungieren könnten

Er hoffe, dass der Umwelt- und Klimaschutz auch weiterhin konsequent verfolgt werde. Angesichts der Herausforderungen sei es aber unverständlich, dass das Mischwaldprogramm der Berliner Forsten gekürzt worden sei. Insofern seien die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zu begrüßen. Neben den rechtlichen Vorgaben wie der Wasserrahmenrichtlinie – WRRL – gebe es auch den inneren Anspruch, den Umwelt- und Klimaschutz ernst zu nehmen. Ein Entsiegelungskataster wäre eine Möglichkeit und könne auch Schulen helfen, ihre Flächen zu entsiegeln und tolle Projekte umzusetzen. – Sein Fazit sei, dass sich die Ziele der Parteien ähnelten und eine konstruktive Zusammenarbeit möglich sei.

Nina Lerch (SPD) unterstreicht, dass die Berichte der Verwaltung trotz des Zeitdrucks sehr umfassend seien. Sie würden eine bedeutende Grundlage für die politische Arbeit der kommenden Jahre bilden. Klima und Umweltschutz seien die wichtigsten Themen, und insofern sei es wichtig, dass sich diese nun auch in anderen Einzelplänen widerspiegeln. Bei den Zielen bestehe im Ausschuss größtenteils Konsens, und es sei zu hoffen, dass das so fortgeführt werden könne. – Trotz der angespannten Haushaltslage sei es den Koalitionsfraktionen gelungen, Schwerpunkte zu stärken. Die Kürzungen bei dem Mischwaldprogramm der Berliner Forsten würden reduziert, da das ein wichtiges Projekt für die Ökologie sei. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Legislaturperiode werde das Thema Wasser sein. Regenwasser sei zu kostbar, um es über die Kanalisation abzuleiten, daher brauche es Rückhaltungsmöglichkeiten, Entsiegelung zur Versickerung und eine Entkopplung der Mischwasserkanalisation von den Gewässern. Damit könne verhindert werden, dass bei Starkregen das Mischwasser in die Gewässer einfließe. – Wichtig sei auch die Stärkung der Umweltbildung. Daher seien die Waldschulen, das Ökowerk und weitere kleinere Projekte finanziell gestärkt worden, auch eine Verstärkung sei wünschenswert. – Für den Verbraucherschutz müsse der geplante Standort im Osten Berlins schnell umgesetzt und die mobilen Beratungsangebote auch dauerhaft fortgeführt werden.

Tamara Lüdke (SPD) führt aus, dass die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen eine deutliche Korrektur der Mittel für den Tierschutz vorsähen. Die Kürzungen im Haushaltsentwurf seien ein fatales Signal gewesen. Das Berliner Tierheim sowie die Tiertafel bekämen zusätzliche Mittel, ebenso das Gutscheinprogramm für die Katzenkastration. Der Ansatz im Tierschutz sei, einkommensschwache Tierhalter/-innen zu unterstützen. Weiterhin würden auch die betreuten Taubenschläge unterstützt, die aufgrund organisatorischer Probleme nicht schnell genug vorankämen. Der Tierschutz sei auch in anderen Titeln enthalten, daher müsse bei Maßnahmen, die die Biodiversität tangierten, auf den Nutzen für alle Lebewesen geachtet werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) unterstreicht, dass die Verwaltung bei den Berichten gute Arbeit geleistet habe. Ebenso müsse dem Ausschussbüro für die Zusammenstellung der Synopse gedankt werden. – Es sei kritisch, dass der Haushaltsentwurf die möglichen Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Gas- und Ölversorgung ignoriere, sodass es ein "Schönwetterhaushalt" sei. Zu bemängeln seien auch aufgeblähte externe Aufträge und Werbekampagnen des Senats. Die Themen Umweltbewusstsein und Müllervermeidung könnten nicht durch Radiowerbung befördert werden, sondern es brauche aktive und positive Beispiele der öffentlichen Hand an Schulen, Hochschulen und im öffentlichen Raum. – Im Bereich der Stadtbäume und Grünflächen könne sich die AfD-Fraktion einen Aufwuchs vorstellen, da diese das Stadtklima verbesserten, ebenso wie das Wohlbefinden der Einwohner.

Beim Klimaschutz wolle die AfD-Fraktion als einzige Kürzungen durchsetzen, denn selbst die CDU biedere sich mittlerweile bei den Grünen an. Berlin liege in der Klimazone der gemäßigten Breiten und Klimaveränderungen seien natürlich. Berlin als Großstadt müsse sich daher vor allem auf die stetig wechselnden Bedingungen zwischen Kälte, Hitze, Trockenheit und Starkregen einstellen und müsse zur Hitzeprävention vermeiden, Flächen zu stark zu versiegeln. In der Innenstadt brauche es ausreichende Grünflächen. Wälder, Wiesen, Felder, Kleingärten und weitere Naturräume müssten im Bestand geschützt und deren Ausgleichsfunktion bewahrt werden. Die Pläne des Senats bei der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik verfehlten diese Ziele jedoch. Klimaschutz werde ähnlich einer Religion überhöht, und das CO₂ solle als "Inkarnation des Bösen" ausgetrieben werden, was auch absurde Maßnahmen rechtfertige. Zu verweisen sei auf ein Buch von Michael Shellenberger, das die Sorge der AfD vor einem übertriebenen Alarmismus untermauere.

Ein Beispiel für derartige quasireligiöse Klimaveranstaltungen sei ein Festival für Klimakultur mit der Möglichkeit einer „Klimabeichte“, das mit 200 000 Euro gefördert werden solle. Derartiger Unfug solle nicht mit Steuergeldern finanziert werden. Sinnvolle Maßnahmen unterstütze die AfD-Fraktion durchaus, aber es müsse auch beachtet werden, keine themenfremde Projekte mit dem Umwelthaushalt zu fördern. Das Klima werde nicht verbessert, indem Millionen Euro undifferenziert ausgegeben würden. – Angesichts dessen, dass bezüglich der Kernenergie auf der EU-Ebene ein Umdenken stattgefunden habe, müsse Berlin ein Institut für angewandte Energieforschung, das auch zu Kernenergie forschen solle, aufbauen, um die Kernenergieforschung in Deutschland wieder zu fördern.

Benedikt Lux (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Folgen des Klimawandels bereits in Berlin und weltweit spürbar seien. Berlin erlebe das fünfte Dürrejahr in Folge, und die Treibhausgasemissionen führten in den schlechteren Szenarien schon 2026 zu einer Temperaturer-

höhung um 1,5 Grad Celsius. Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft und ein ausreichender CO₂-Preis müssten auf der Bundesebene umgesetzt werden, aber Berlin könne ein Vorbild sein. Die Stärkung der ökologischen Politik bei den Wahlen in Berlin und in Deutschland habe gezeigt, dass es progressive Bürger/-innen gebe, die weitere Maßnahmen unterstützen.

Das Ziel müsse sein, das Steuergeld effektiv einzusetzen. Es sei gelungen, die zur Verfügung stehenden Mittel von 143 Mio. Euro in 2015 auf 293 Mio. Euro in 2023 zu verdoppeln. Das müsse fortgesetzt werden, und es habe Erfolge gegeben. In 2020 sei das Klimaschutzziel mit einer CO₂-Reduktion von 40,7 Prozent gegenüber 1990 erreicht worden, obwohl die Stadt wachse. Die nächste Herausforderung sei, die CO₂-Reduktion bis 2030 um 65 Prozent zu schaffen. Dazu sei die Solarpflicht auf Dächern und der Kohleausstieg in Berlin bis 2030 beschlossen worden. Das Budget der Bezirke für Bäume sei verdoppelt worden. Es zeige sich, dass die Investitionen Auswirkungen hätten, aber es müsse weiter beschleunigt werden. Dafür sei die Verkehrswende zentral. Er appelliere an die Abgeordneten, die auch im Mobilitätsausschuss säßen, nicht nur über Klima- und Umweltschutz zu reden, sondern auch den Weiterbau der A 100 zu blockieren. Eine gemeinsame Haltung sei wichtig.

Angesichts dessen, dass Berlin 65 Prozent der Rohstoffe im Bau verbrauche, müsse beim Bauen von Beginn an die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Hier setze die Koalition einen Schwerpunkt, um sicherzustellen, dass die Stadt durch Klima- und Umweltschutz weiter lebenswert bleibe. Das sei die Aufgabe der gewählten Abgeordneten. Die Senatsverwaltung habe die richtigen Konzepte, müsse diese aber stärker und schneller umsetzen. Die Entscheidung des BVerfG zum Kohleausstieg zeige die Pflicht zum rechtzeitigen Handeln, um die Freiheit der Zukunft zu schützen. Spätere und härtere Eingriffe würden zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen.

Im Entwurf zum Doppelhaushalt würden einige Millionen Euro mehr in die Klimaanpassung investiert, auch die Mittel für den Wasserhaushalt und die Wasserqualität seien erhöht worden. Das lokale Regenwassermanagement und hier vor allem die "Schwammstadt", die Regenwasseragentur und die Entsiegelung würden gestärkt. Die Mittel flößen vor allem in die Außenbezirke, da dort die Wasser- und Waldflächen zu finden seien, aber auch in der hochverdichteten Innenstadt müsse es ein gutes Grünflächenangebot geben. Die gesamte Stadt müsse bedacht werden. Außerdem werde mit dem aktiven Moorschutz begonnen und Zero Waste und die Umweltbildung gefördert. Auch die Mittel des Verbraucherschutzes würden aufgestockt. Bei der Ernährungsstrategie, die ein soziales Projekt sei, wie man Menschen vermitteln könne, sich auch mit wenig Geld gut zu ernähren, brauche es mehr Unterstützung. Es sei zu hoffen, dass der Mittelabfluss für Projekte wie die Trinkbrunnen, Gründächer und dem Energie- und Klimaschutzprogramm verbessert werde. Da brauche es eine starke Opposition und ein starkes Parlament. Mit den Berliner Wasserbetrieben, den Stadtwerken, der Stiftung Naturschutz, der Stadtreinigung, den Bezirken und zivilgesellschaftlichen Projekten gebe es starke Partner in der Stadt, aber viele bräuchten mehr Personal, sodass bei den Finanzpolitikern der Parteien dafür geworben werden müsse, dass nicht nur bei Polizei, Bildung und Bau mehr Personal geschaffen werde.

Felix Reifschneider (FDP) unterstreicht, dass die Qualität der Berichte sehr gut sei. Diese seien umfangreich und transparent und würden eine gute parlamentarische Arbeit ermöglichen. Der Haushaltsentwurf sei angemessen, wobei es Potenzial für Verbesserungen gegeben

hätte, wenn das Parlament frühzeitiger eingebunden worden wäre. Die Stadt Berlin stehe vor der doppelten Herausforderung, CO₂ gemäß der nationalen und internationalen Vorgaben einzusparen sowie sich an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels anzupassen. Angesichts der weltweiten Entwicklung erscheine bereits das Zwei-Grad-Ziel ambitioniert. Das betreffe vor allem die Stadtnatur, aber auch anderes, das durch den Haushalt der SenUMVK finanziert werde, aber auch von anderen Verwaltungen stärker beachtet werden müsste. Geltendes nationales und EU-Recht müssten eingehalten werden, aber bereits jetzt zeige sich, dass die WRRL nicht eingehalten werden könne. Es brauche ein weiteres Stauraumprogramm, um die Retentionskapazitäten zu schaffen. Entsiegelung von Flächen alleine reiche nicht aus. Zusätzlich müsse der schlechte ökologische Zustand der Berliner Gewässer weiter verbessert werden.

Die Koalitionsfraktionen hätten die Probleme durchaus erkannt und gute Vorschläge für Änderungsanträge eingebracht, die auch von der FDP-Fraktion unterstützt werden könnten. Beim Mischwaldprogramm und den Straßenbäume würden Akzente gesetzt, aber angesichts der anhaltenden Trockenheit brauche es für die Gesunderhaltung der Straßenbäume weiteren Aufwand. – Die FDP-Fraktion betone die Notwendigkeit von Maßnahmen mit messbaren CO₂-Einsparungen, die sich im Haushalt und in den Berichten abbilden sollten. Das sei noch nicht ausreichend. Auch die fehlenden Zeitpläne seitens der SenUMVK seien zu kritisieren. Bei einem ordentlichen Verwaltungshandeln brauche es diese, die auch mit den Abgeordneten geteilt werden müssten. Der Haushaltsentwurf sei eine solide Basis für eine lebendige und klimaresiliente Stadtnatur und werde durch die Änderungsanträge nochmals verbessert. Die langfristige Absicherung der Verbraucherzentrale über Verpflichtungsermächtigungen sei sinnvoll und werde unterstützt.

Katalin Gennburg (LINKE) unterstreicht, dass das Thema Wasser in dieser Legislaturperiode einen hohen Stellenwert einnehmen werde. Die Umsetzung der WRRL sei mit weiteren Aufwüchsen abgesichert worden. Die Fraktion Die Linke setze sich auch für die freie Zugänglichkeit der Ufer ein. Es sei erfreulich, dass das in der letzten Legislatur beschlossene Uferwegekonzept nun auch im Haushalt mit einem eigenen Titel zu finden sei. Einen solchen Uferwegeplan habe es in West-Berlin seit 1978 gegeben, und daran müsse für die ganze Stadt angeknüpft werden. – Für den Naturschutz gebe es weitere Aufwüchse etwa bei der Stiftung Naturschutz. Leider sei es nicht gelungen, weitere Stellen für die Naturschutzbehörden zu schaffen. Die Fraktion Die Linke habe sich zur Gegenfinanzierung von Stellenaufwüchsen in den Bezirken für Streichungen von Mitteln der Grün Berlin GmbH eingesetzt. Die Grün Berlin GmbH sei zwar eine landeseigene Gesellschaft, unterliege aber einer privatwirtschaftlichen Logik, sodass hier stärkere Streichungen möglich gewesen wären. – Erfreulich sei, dass im nächsten Jahr Frauenpissoirs in Berliner Bezirken aufgestellt würden. Angesichts der verwendeten Chemikalien habe das auch Umweltrelevanz, aber die Haushälter müssten noch über die Finanzierung verhandeln. Ihre Fraktion werde sich weiter dafür einsetzen.

Katrin Seidel (LINKE) zeigt sich erfreut, dass es gelungen sei, die Verbraucherzentrale mit Aufwüchsen und Verpflichtungsermächtigungen langfristig zu stärken, damit es notwendige Modernisierungsprozesse sowie den zweiten Standort im Osten der Stadt geben könne. Die Coronapandemie habe gezeigt, dass es neue Themen und Angebote brauche, etwa eine Onlinerechtsberatung. Das sei während der Pandemie gemacht worden und könne mit den Mitteln weiter vorangebracht werden. Eine gut arbeitende Institution wie die Verbraucherzentrale sei auch eine Form der Armutsprävention. Mit den Aufwüchsen könnten auch die mobilen

Angebote, die es im Ostteil der Stadt gebe und die gut angenommen würden, weiter gestärkt und fortgeführt werden. – Bei der Ernährungsstrategie sei es wichtig, strategisch vorzugehen, was in diesem Haushalt angestoßen werden solle. Es sei erfreulich, dass der Haushalt bereits eine Studie im Land Berlin zur Ernährungsarmut als Datengrundlage beinhalte. – Ebenfalls gut sei die Zurücknahme der Kürzungen beim Tierschutz. Eventuell könnten auch die vorgeschlagenen Taubenschutzmaßnahmen begonnen werden.

Ferat Koçak (LINKE) unterstreicht, dass der Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Klimaschutz auf dem richtigen Weg sei, aber auch in den Ausschüssen für Mobilität, Stadtplanung und Wirtschaft müssten wichtige Prozesse in Gang gesetzt werden. Das sei nötig, um die Versäumnisse auf Bundesebene in den letzten Jahrzehnten unter CDU-Regierung aufzuholen. Um eine Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen, brauche es mehr Investitionen, die auch über Schulden finanziert werden müssten, aber immer noch habe die Wirtschaft Priorität vor der Bekämpfung der Klimakrise. In der Koalition gebe es Einigkeit über das zentrale Berliner Instrument für Klimaschutz, nämlich dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm. Einen Systemwandel werde Berlin aber nicht alleine durchsetzen können. Für die Fraktion Die Linke sei Zusammenarbeit mit NGOs und Initiativen wie "Ende Gelände" und anderen wichtig. Diese müssten sich im Haushalt wiederfinden. Dazu brauche es im Vorfeld sowie während der Haushaltsberatungen eine Einbindung dieser in die Beratungen. Er hoffe, bei den kommenden Haushaltsberatungen auf eine Zusammenarbeit mit diesen Initiativen hinwirken zu können.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Berichten und Änderungsanträgen in der Ausschusssitzung ausgeführt:

Einzelberatung

Einzelplan 07

Kapitelübergreifend

Lfd. Nr. 4, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke

Bericht Nr. 2 der Sammelvorlage SenUMVK – ZF 1/ZF 1-Sa – vom 26.04.2022

Felix Reifschneider (FDP) erkundigt sich, ob es beim Ausbau der Panke Phase II Verzögerungen gebe, die eine Reduktion des Mittelansatzes rechtfertigten. Wenn ja, worauf begründeten sich die Verzögerungen, und wie könnten diese wieder eingeholt werden? Existiere eine Übersicht, bei wie vielen Prozent der Gewässer die Wasserrahmenrichtlinie eingehalten werden könne und für wie viele nicht?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist darauf hin, dass in den Haushaltsberatungen eine detaillierte Diskussion zu einzelnen Themen nicht praktikabel sei.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) zeigt sich erfreut, dass die Arbeit der Verwaltung bezüglich der Berichte gewürdigt worden sei. Das Ziel sei gewesen, nutzbare Berichte für die parlamentarische Arbeit zu erstellen. – Es sei korrekt, dass zur Einhaltung der

WRRL die Entsiegelung alleine nicht ausreichen werde. Dafür brauche es ein umfangreiches Investitionsprojekt, wofür die nötige Aufmerksamkeit geschaffen werden müsse.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUMVK) erläutert, dass bei keinem Gewässer die WRRL erreicht werde. Manche Gewässer seien weiter fortgeschritten, während andere deutlich zurücklägen. Dafür gebe es viele Gründe. Die WRRL mache ein großes Investitionsprogramm notwendig, das lange Planungs- und Umsetzungszeiten habe, außerdem handle es sich um viele und sehr vielfältige Maßnahmen, die teilweise sehr teuer und schwierig umzusetzen seien. Ebenfalls brauche die Natur Zeit, um sich auch an die verbesserten Bedingungen anzupassen, teilweise wirkten auch die Klimaveränderungen entgegen, die neue Probleme verursachten. Mittlerweile habe sich bei Gesprächen auf der EU-Ebene gezeigt, dass alle Länder Probleme bei der Umsetzung hätten, sodass die WRRL von der EU-Kommission verlängert werden müsse. Bei der Aufstellung sei seitens der EU-Kommission der nötige Aufwand nicht absehbar gewesen.

Katrin Vietzke (SenUMVK) führt aus, dass bei der Maßnahme Panke II auf 17 Kilometern Sanierungen bis zur Landesgrenze umgesetzt würden. Seit 2020 gebe es das Planungsrecht, und in 2021 sei mit der Fischaufstiegsanlage sowie den Sanierungsmaßnahmen im Nordhafenvorbecken begonnen worden. Je nach vorhandenen Haushaltsmitteln werde das abschnittsweise fortgesetzt.

Felix Reifschneider (FDP) bittet um Klarstellung, dass es bei der Umsetzung der Maßnahme Panke II derzeit keine Verzögerungen oder anderes, das eine planmäßige Umsetzung verhindere, gebe.

Katrin Vietzke (SenUMVK) erläutert, dass das Projekt planmäßig ablaufe. Derzeit seien keine Verzögerungen erkennbar.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Lfd. Nr. 7, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke

Bericht Nr. 5 der Sammelvorlage SenUMVK – ZF 1/ZF 1-Sa – vom 26.04.2022

Felix Reifschneider (FDP) bittet zu Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes – um Erläuterung, warum der Ansatz von 5 Mio. Euro in den Vorjahren auf 500 000 Euro absinke.

Klaus Wichert (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, in den Vorjahren habe es einen erheblichen Mittelaufwuchs zur Unterhaltung der Straßenbäume gegeben. SenUMVK habe sich entschieden, die Mittel, die durchaus gut abgeflossen seien, zu reduzieren. Die Erfahrung zeige, dass die Mittel nur begrenzt am Markt platziert werden könnten, da sich die Maßnahmen sonst verteuerten. Es sei zu hoffen, dass es den Bezirken selbst gelingen werde, ihren Personalbestand zu erhöhen und Mittel für den Baumunterhalt bereitzustellen. Die SenUMVK sei optimistisch, dass es später wieder möglich sein werde, mehr Mittel im Bereich der Stadtbäume einzustellen.

Benedikt Lux (GRÜNE) merkt an, dass die 5 Mio. Euro für die Straßenbäume am Ende der letzten Haushaltsberatungen eingefügt worden seien. Das habe zu einem Plus an Neupflan-

zungen geführt, sei aber eine einmalige Investition gewesen. – Er müsse darauf hinweisen, dass es für den Ablauf der Ausschusssitzung praktikabler wäre, sich auf konkrete haushälterische Fragen zu beschränken. Die einzelnen Punkte könnten dank der ausführlichen Berichte auch in den kommenden Sitzungen diskutiert werden. Detaillierte Nachfragen führten dazu, dass sich die Koalitionsvertreter/-innen ebenfalls äußerten, um den Kontext herzustellen, das wiederum die Sitzung verlängere.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Lfd. Nr. 5, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke

Bericht Nr. 3 der Sammelvorlage SenUMVK – ZF 1/ZF 1-Sa – vom 26.04.2022

Felix Reifschneider (FDP) fragt nach, ob die im Bericht aufgeführte Studie zu schnell durchführbaren Maßnahmen bei der Retentionskapazität im Kanalnetz bereits im Haushalt abgebildet sei.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUMVK) antwortet, die Studie laufe bereits und sei anteilig im Haushalt enthalten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel 54010 – Dienstleistungen – lfd. Nr. 25, Bericht Nr. 23

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	340 000 €	-20 000 €
Ansatz 2023	341 000 €	-80 000 €

Begründung: weniger für externe Beratung durch Medienagentur, da Design des jährlichen Berichts mehrjährig genutzt werden kann.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

MG 32

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln – lfd. Nr. 31

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	1 230 000 €	-100 000 €
Ansatz 2023	830 000 €	- 70 000 €

Begründung: weniger Mittelbedarf

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Kapitel 0705 – Grundsatz –

Kapitel 0709 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Personalüberhang -

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel 54010 – Dienstleistungen – lfd. Nr. 34 a-c, Bericht Nr. 29

Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	2 075 000 €	-183 000 €
Ansatz 2023	2 355 000 €	-220 000 €

Titelerläuterung: Reduktion der Teilansätze im Jahr 2022 und 2023

Nr. 22: Strategie und Umsetzung Zero Waste 250 000 € / 250 000 €

Frank-Christian Hansel (AfD) begründet, dass die sinnvolle Müllvermeidungsstrategie durch derartige Werbekampagnen nicht gefördert werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Nr. 1: Fortschreibung und Umsetzung der sozialräumlich orientierten Umweltgerechtigkeitsanalysen, Entwicklung von Strategien und Maßnahmen auf Senats- und Bezirksebene

Ansatz 2022	10 000 €	+50 000 €
Ansatz 2023	30 000 €	+100 000 €

Begründung: mehr für Verstetigung des Umweltgerechtigkeitsatlas.

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Nr. 27: Ressourcenschonung und zirkuläres Bauen

Ansatz 2022	50 000 €	+75 000 €
Ansatz 2023	50 000 €	+150 000 €

Begründung: mehr zur Abfall- und CO₂-Vermeidung, insbesondere bei steigender Bautätigkeit.

Der **Ausschuss** nimmt die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – lfd. Nr. 36 a-b, Bericht Nr. 30

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Nr. 4: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie (neu):

Ansatz 2022	300 000 €	+75 000 €
Ansatz 2023	250 000 €	+150 000 €

Begründung: Zusätzliche Mittel für die Anschubfinanzierung des Reparatur-Netzwerkes

Titelerläuterung: Nr. 4 wird gestrichen und wie folgt neu gefasst: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes (neu)

Der **Ausschuss** nimmt die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Felix Reifschneider (FDP) schlägt vor, dass bei Änderungsanträgen, die bereits eine schriftliche Begründung enthielten, auf eine mündliche Begründung verzichtet werden solle.

Julia Schneider (GRÜNE) wendet ein, dass es auch weiterhin möglich sein solle, mündlich zu begründen, wenn gewünscht.

Danny Freymark (CDU) vertritt den Standpunkt, dass es keiner Verfahrensänderung bedürfe.

MG 03

Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020) – lfd. Nr. 40 a-b, Bericht Nr. 34

Änderungsantrag Nr. 2, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	36 350 000 €	-8 750 000 €
Ansatz 2023	44 150 000 €	-10 750 000 €
VE 2022	10 000 000 €	-2 500 000 €

Begründung: Einige der geförderten Projekte der vergangenen Jahre sind Orchideenprojekte, die wenig hilfreich für das tatsächliche Stadtklima und den Umweltschutz sind. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet werden. Daher ist der Ansatz zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die verschiedenen Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, Energiesparprojekte, Heizungsmodernisierung und Energieoptimierung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II –BENE II- (Förderperiode 2021-2027) – lfd. Nr. 42 a-b, Bericht Nr. 34

Änderungsantrag Nr. 3, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	1 544 000 €	-344 000 €
Ansatz 2023	12 360 000 €	-3 360 000 €
VE 2022	20 000 000 €	-5 000 000 €
VE 2023	40 000 000 €	-10 000 000 €

Begründung: Einige der geförderten Projekte der vergangenen Jahre waren Orchideenprojekte, die wenig hilfreich für das tatsächliche Stadtklima und den Umweltschutz sind. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet werden. Daher ist der Ansatz für diese zukünftigen zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die verschiedenen Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, Energiesparprojekte, Heizungsmodernisierung und Energieoptimierung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020) – lfd. Nr. 43 a-c, Bericht Nr. 34

Änderungsantrag Nr. 4, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	15 310 000 €	-3 310 000 €
Ansatz 2023	15 850 000 €	-3 850 000 €
VE 2022	7 400 000 €	-1 500 000 €

Begründung: Einige der geförderten Projekte der vergangenen Jahre waren Orchideenprojekte, die wenig hilfreich für das tatsächliche Stadtklima und den Umweltschutz sind. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet werden. Daher ist der Ansatz für diese zukünftigen zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die verschiedenen Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, Energiesparprojekte, Heizungsmodernisierung und Energieoptimierung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027) – lfd. Nr. 44 a-c, Bericht Nr. 34

Änderungsantrag Nr. 5, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	1 235 000 €	-385 000 €
Ansatz 2023	9 888 000 €	-2 880 000 €
VE 2022	18 240 000 €	-4 240 000 €
VE 2023	40 000 000 €	-10 000 000 €

Begründung: Einige der geförderten Projekte der vergangenen Jahre waren Orchideenprojekte, die wenig hilfreich für das tatsächliche Stadtklima und den Umweltschutz sind. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet werden. Daher ist der Ansatz für diese zukünftigen zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die verschiedenen Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, Energiesparprojekte, Heizungsmodernisierung und Energieoptimierung.

Frank-Christian Hansel (AfD) weist hin, dass die vorgeschlagenen Kürzungen als Gegenfinanzierung für Aufwüchse bei sinnvollen Projekten wie die Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen und anderen, die die AfD durchaus unterstütze, gedacht gewesen seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Integrierter Umweltschutz -

Titel 54010 – Dienstleistungen – lfd. Nr. 49 a-c, Bericht Nr. 38

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der FDP

Ansatz 2022	3 170 000 €	+150 000 €
Ansatz 2023	3 592 000 €	+220 000 €

Nr. 15:

Ansatz 2022	260 000 €	+100 000 €
Ansatz 2023	260 000 €	+100 000 €

Ergänzung um einen neuen Punkt 20 „zivilgesellschaftliches Netzwerk Wasser“:

Ansatz 2022	+ 50 000 €
Ansatz 2023	+120 000 €

Begründung: Mit der Aufstockung der Mittel im Punkt 15 soll eine schnellere Umsetzung der geplanten Projektinhalte ermöglicht werden.

Verbindliche Erläuterung zu Punkt 20: Mit den neuen Mitteln sollen zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich Gewässerschutz und -pflege vernetzt und die Arbeit verstetigt werden. Damit soll das Potenzial zivilgesellschaftlicher Akteure für die Verbesserung der Gewässerqualität von Berliner Gewässern effektiv im Sinne der WRRL genutzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU

Teilansatz neu: Studie zur Ermittlung der Kosten für die Umsetzung der WRRL und geeigneter Finanzierungsmaßnahmen.

Ansatz 2022 (neu)	+100 000 €
Ansatz 2023 (neu)	+/- 0

Begründung: Noch immer ist der genaue finanzielle Bedarf für die vollständige Umsetzung der WRRL nicht ausreichend bekannt. Es wird daher eine Expertise beauftragt, die sich mit der Ermittlung des Finanzbedarfes und der Untersuchung geeigneter Finanzierungsmaßnahmen befasst.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Nr. 4: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie (neu):

Ansatz 2022	3 170 000 €	+/-0 €
Ansatz 2023	3 592 000 €	+200 000 €

Begründung: Nr. 16: Entsiegelung (neu, FAG_11). Mehr zur Verstärkung des Projekts.

Titelerläuterung: Nr. 16: Entsiegelung (neu, FAG_11)

Ansatz 2022	270 000 €
Ansatz 2023	270 000 €

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – lfd. Nr. 50 a-b, Bericht Nr. 39

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU

Teilansatz 7: „Für den Betrieb der Regenwasseragentur“

Ansatz 2022	752.000 €	+148 000 €
Ansatz 2023	752.000 €	+148 000 €

Begründung: Mittelaufwuchs zur Stärkung der Regenwasseragentur aufgrund zunehmender Bedeutung z.B. bei Themen der Beratung.

Danny Freymark (CDU) führt aus, dass sich die Regenwasseragentur trotz anfänglicher Zweifel seiner Fraktion bewährt habe und daher stärker unterstützt werden solle.

Benedikt Lux (GRÜNE) weist hin, dass die Koalition die Entsiegelung gezielter fördere, sodass die vorgesehenen Mittel fast gleichwertig seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ab.

Änderungsantrag Nr. 7, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	900 000 €	+60 000 €
Ansatz 2023	900 000 €	+110 000 €

Titelerläuterung: Für den Betrieb der Regenwasseragentur:

Ansatz 2022	812 000 €
Ansatz 2023	862 000 €

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenregenentwässerung – lfd. Nr. 52 a-d, Bericht Nr. 41

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der FDP

Ansatz 2022	6 500 000 €	+300 000 €
Ansatz 2023	6 500 000 €	+600 000 €

Begründung: Beschleunigte Identifizierung von Stauraumpotenzialen mit Standorten sowie Umsetzung von erforderlichen Planungsleistungen und Studien für die Beendigung der Einleitung von Mischwasser in Berliner Gewässer.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU

Ansatz 2022	6 500 000 €	+500 000 €
Ansatz 2023	6 500 000 €	+500 000 €

Begründung: Erhöhung aufgrund tatsächlichem Mittelabfluss in den vergangenen Jahren.

Danny Freymark (CDU) merkt an, dass es zu begrüßen sei, dass sich die in der Besprechung geforderte Änderung der Titelbezeichnung bereits in diesem Haushalt wiederfinde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ab.

Änderungsantrag Nr. 8, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	6 500 000 €	+250 000 €
Ansatz 2023	6 500 000 €	+250 000 €

Titelerläuterung: Änderung des Titelnamens in: „Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz“

Titelbeschreibung: Ergänzung um folgenden Satz nach dem zweiten Absatz als Absatz 3 NEU: Die Zuschüsse sind zudem zur Finanzierung von Instrumenten wie Entsiegelung, Abkopplung, ggf. Sanierung von Kleingewässern auch über das Straßensland hinaus vorgesehen.

Katalin Gennburg (LINKE) begründet, dass sich die Aufstockung daraus ergebe, dass mehr in die Wassergütemaßnahmen investiert werden müsse, um die Ziele der WRRL schnell zu erreichen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Benedikt Lux (GRÜNE) schlägt vor, für den nächsten Doppelhaushalt alle Maßnahmen und Titel, die die Erreichung der WRRL betreffen, zusammenzuführen und übersichtlicher darzustellen. Eventuell könne dies über eine Maßnahmengruppe oder ob es einen zusammenfassenden Berichts im Vorfeld der Beratungen erreicht werden.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) erläutert, dass Maßnahmen, die sich in einem Dienstleistungssammeltitel befänden, dort haushaltstechnisch nicht ausgekoppelt werden könnten. Für eine umfassende Transparenz aller Maßnahmen mit Bezug zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bräuchte es neben einer Maßnahmengruppe auch einen umfassenden Bericht.

Kapitel 0721 – Fischereiamt

Keine Wortmeldungen oder Berichtsaufträge.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -

Änderungsantrag Nr. 9, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/-0
Ansatz 2023	+150 000 €

Begründung: Mittel zur Erstellung eines Uferwegekonzeptes. Die Ufer sollen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein und so naturnah wie möglich gestaltet werden. Auch zur Erstellung von Leitlinien für Wasserlagen und einer Uferwegekarte.

Titelerläuterung:

Titelname: Uferwegekonzept

Die Mittel dienen zur Erstellung eines Uferwegekonzeptes. Die Ufer sollen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein und so naturnah wie möglich gestaltet werden. Auch zur Erstellung von Leitlinien für Wasserlagen und einer Uferwegekarte.

Katalin Gennburg (LINKE) führt aus, dass es erfreulich sei, dass es gelungen sei, diesen Titel zu schaffen. Der Ansatz sei angesichts der umfangreichen Probleme, die diese Stadtneueordnung mit sich bringe, zunächst sehr gering. Perspektivisch brauche es mehr Geld.

Benedikt Lux (GRÜNE) merkt an, dass es auch in West-Berlin Ufer gebe, die nicht frei zugänglich seien.

Katalin Gennburg (LINKE) wendet ein, dass es wichtig sei, dass die Intention, Ufer grundsätzlich freizuhalten, bereits seit 1978 bestehe. Der Weg dorthin sei der Zweck des Titels. Wie dann mit bereits bebauten Ufern verfahren werde, sei offen und müsse rechtsstaatlich abgewogen werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben – lfd. Nr. 55, Bericht Nr. 42

Änderungsantrag Nr. 10, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	24 900 000 €	-800 000 €
Ansatz 2023	24 856 000 €	-1 150 000 €

Begründung: weniger aufgrund geplanter geringerer Bewirtschaftungsausgaben für Gasbeleuchtungsanlagen.

Titelerläuterung: Kürzungen erfolgen bei Nr. 7 a) Gasbeleuchtungsanlagen

Danny Freymark (CDU) erkundigt sich, wie der Senat den Bedarf für die Bewirtschaftungsausgaben einschätze.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) weist darauf hin, dass der Senat die Änderungsanträge nicht kommentiere.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft – lfd. Nr. 57 a-c, Bericht Nr. 44

Änderungsantrag Nr. 11, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	8 800 000 €	+/-0 €
Ansatz 2023	9 000 000 €	+/-0 €

Titelerläuterung: Zur Gestaltung der Ufer im Rahmen einer Uferwegekonzeption (Beschlusses des Abgeordnetenhauses Drucksache 18/3883 zur Erstellung eines Uferwegekonzeptes) und zur Erreichung der europaweit abgestimmten Bewirtschaftungsziele wie der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).

Mittel sollen auch für Sanierungen im Rahmen einer Uferwegekonzeption gemäß Beschlusses des Abgeordnetenhauses Drucksache 18/3883 eingesetzt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) erläutert, dass hiermit das Uferwegekonzept auch bei der Ufersanierung mitbeachtet werden müsse.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 72001 – Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes – lfd. Nr. 66 a-b, Bericht Nr. 48

Änderungsantrag Nr. 6, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	6 250 000 €	
Ansatz 2023	5 076 000 €	
VE 2022	100 000 €	
VE 2023	20 340 000 €	-500 000 €

Begründung: An der Torstraße sind im Rahmen der grundhaften Erneuerung keine zusätzlichen Radstreifen erforderlich. Die parallel laufende Fahrradstraße „Linienstraße“ erfüllt diesen Zweck bereits heute sehr gut, ebenso die separaten Radspuren an der Invalidenstraße. Da das Projekt finanziell erst 2024 startet, ist lediglich die VE 2023 anzupassen und entsprechend abzusenken.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen – lfd. Nr. 68, Bericht Nr. 49

Änderungsantrag Nr. 12, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	15 900 000 €	+/-0 €
Ansatz 2023	15 900 000 €	-100 000 €

Begründung: weniger aufgrund verzögertem Mittelabfluss

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Titel 72332 – Ausbau der Panke in Berlin Mitte und Pankow (Phase II) – lfd. Nr. 70, Bericht Nr. 50 –

Änderungsantrag Nr. 13, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	1 000 000 €	-200 000 €
Ansatz 2023	2 000 000 €	-850 000 €

Begründung: weniger aufgrund Verzögerung in der Umsetzung.

Felix Reifschneider (FDP) bittet um Klarstellung, warum die Mittelkürzung mit einer Verzögerung bei der Umsetzung begründet werde, aber die Verwaltung bei einer vorherigen Nachfrage geäußert habe, dass keine Verzögerungen bekannt seien.

Benedikt Lux (GRÜNE) erläutert, dass der Mittelabfluss in den letzten Jahren nicht so hoch gewesen sei wie der Ist-Zustand, daher würden diese Mittel zur Gegenfinanzierung von priorisierten Projekten verwendet. Argumente der Verwaltung, inwiefern die ursprünglichen Ansätze erforderlich seien, hätten die Koalitionsfraktionen noch nicht überzeugt, aber das könne sich in den noch laufenden Haushaltsberatungen ändern.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass der Senat eine Stellungnahme abgebe, inwiefern die angebrachten Argumente zuträfen.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) merkt an, dass der Senat die Änderungsanträge der Fraktionen nicht kommentiere. Die Beleuchtung der Straßen sei jederzeit sichergestellt.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 72715 – Neubau der Eisenbrücke – lfd. Nr. 71, Bericht Nr. 51 –

Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	1 000 000 €	+150 000 €
Ansatz 2023	1 000 000 €	+250 000 €

Frank-Christian Hansel (AfD) begründet, dass die Eisenbrücke so schnell wie möglich erneuert werden müsse. Dazu brauche es die Einbindung externen Sachverständigen durch private Planungsbüros mit knappen Terminketten und Zuschlägen für zügigen Planungs- und damit Baufortschritt. Daher werde der Ansatz um 15 und 25 Prozent erhöht.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Änderungsantrag Nr. 14, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Neu: Abkopplung von Flächen des Landes am Landwehrkanal von der Mischwasserkanalisation.

Ansatz 2022	-/-	100 000 €
Ansatz 2023	-/-	250 000 €

Titelerläuterung: Mittel werden zur Erreichung des Ziels verausgabt, Flächen des Landes am Landwehrkanal von der Mischwasserkanalisation abzukoppeln.

Nina Lerch (SPD) erläutert, dass mit der Einführung des neuen Titels die Bedeutung des Ziels, bis spätestens 2035 20 Prozent der Flächen des Landes am Landwehrkanal von der Mischwasserkanalisation abzukoppeln, betont werden solle. Damit solle auch der Gewässerschutz unterstützt werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes
– lfd. Nr. 85 a-b, Bericht Nr. 63 –

Änderungsantrag Nr. 8, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	500 000 €	+2 500 000 €
Ansatz 2023	500 000 €	+2 500 000 €

Begründung: Stadtbäume sind mit das Wichtigste für das Wohlbefinden des Städters und das Stadtklima. Daher ist der Ansatz auf das Ist 2020 anzupassen, zu erhöhen, um mehr Baumscheiben zu sanieren und den Baumbestand nachhaltig zu pfle-

gen und zu entwickeln, man denke auch an mögliche Sturmschäden und deren Verhütung durch regelmäßige Baumschau und vorsorgliche Maßnahmen. Mehr gesunde Bäume in der Stadt sind ein Gewinn für alle Bürger und unsere Gäste von nah und fern.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU

Ansatz 2022	500 000 €	+4 000 000 €
Ansatz 2023	500 000 €	+4 000 000 €

Danny Freymark (CDU) begründet, dass der Antrag sicherstellen solle, dass die Bäume in der Stadt auch weiterhin eine hohe Priorität hätten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab.

[Lüftungspause von 10.58 bis 11.15 Uhr]

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – lfd. Nr. 87 a-c,
Bericht Nr. 63

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der FDP

Ansatz 2022	5 700 000 €	-500 000 €
Ansatz 2023	5 080 000 €	+200 000 €

Nr. 2 „Aktionsprogramm Tausend Dächer“:

Ansatz 2022	-500 000 €
Ansatz 2023	-500 000 €

Nr. 5 „Produktive Landwirtschaft“:

Ansatz 2022	+/- 0
Ansatz 2023	+300 000 €

Begründung: Die Erhöhung der Mittel für das Programm “Produktive Landwirtschaft” ist sinnvoll. Der Aufwuchspfad soll in 2023 fortgesetzt werden. Die angesetzten Mittel für Nr. 2 sind mit Blick auf bisherige Mittelabflüsse zu hoch angesetzt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 15, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	+/- 0 €

Titelerläuterung: Ergänzung 2. Aktionsprogramm 1000-Grüne-Dächer um folgende Wörter: „(inkl. Fassadenbegrünung, Entsiegelung und Versickerung auf Privatgrundstücken)“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz – lfd. Nr. 88 a-c, Bericht Nr. 64

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der CDU

Teilansatz 1 „Finanzierung Kernstiftung“:

Ansatz 2022	1 096 000 €	+233 000 €
Ansatz 2023	1 206 000 €	+230 000 €

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass die Stiftung mit ihren Projekten und Veranstaltungen trotz bestehender Probleme in der Verwaltung für die Stadt sehr bedeutend sei und unbedingt finanziell gestärkt werden müsse. Hervorzuheben sei auch das Engagement des Abgeordneten und Vorsitzenden Altuğ für die Stiftung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 16, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	1 096 000 €	+150 000 €
Ansatz 2023	1 206 000 €	+250 000 €

Begründung: Entwicklung und Implementierung einer zukunftssicheren, nachhaltig stabilen Struktur in der Geschäftsführung der Stiftung Naturschutz Berlin aufgrund der gestiegenen Aufgabenbereiche bzw. Personal.

Zu 8. Stadtnatur-Rangerinnen und -Ranger: Das Projekt „StadtNaturRanger“ verbleibt langfristig bei der Stiftung Naturschutz Berlin.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) begründet, dass die Stiftung mittlerweile 215 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe und damit auch die Bedarfe gewachsen seien. Der Ansatz der Koalitionsfraktionen unterscheide sich in 2022 von dem der CDU, da der Haushalt erst ab der Hälfte des Jahres wirksam werden könne. Die Stiftung leiste eine tolle Arbeit, und auch dem Abgeordneten Freymark und anderen Kolleginnen und Kollegen, die im Stiftungsrat aktiv seien, müsse für das Engagement gedankt werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – lfd. Nr. 89 a-b,
Bericht Nr. 65

Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der CDU

Teilansatz 3: „Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V.“

Ansatz 2022	170 000 €	+40 000 €
Ansatz 2023	173 000 €	+75 000 €

Begründung: In der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. schließen sich viele engagierte Initiativen zusammen, die sich dem Schutz der Umwelt verschrieben haben. Zuschuss für die Arbeit des Vereins.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 18, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Teilansatz 3: „Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V.“

Ansatz 2022	170 000 €	+40 000 €
Ansatz 2023	173 000 €	+80 000 €

Begründung: Mehrbedarf u.a. aufgrund der steigenden Tätigkeit für die Stellungnahmen, Berichte etc.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, dass das zivilgesellschaftliche Engagement im Bereich Umweltbildung und Naturschutz äußerst bedeutend sei. Deswegen solle das mit diesem Haushalt nochmals stärker unterstützt werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke an.

Änderungsantrag Nr. 7, Fraktion der CDU

Teilansatz 7 „Projekte der Naturschutzarbeit“

Ansatz 2022	63 290 €	+30 000 €
Ansatz 2023	108 710 €	+30 000 €

Begründung: Erhöhung zur Ausweitung von Projekten z.B. im Rahmen der Umweltbildung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 18, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Teilansatz 7 „Projekte der Naturschutzarbeit“

Ansatz 2022	63 290 €	+55 000 €
Ansatz 2023	108 710 €	+28 000 €

Begründung: Die Reduzierung im Haushaltsentwurf muss rückgängig gemacht werden. Das Niveau von 2020/2021 muss beibehalten werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ohne Aussprache an.

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU

Teilansatz 16 „Bildung für ein grünes Berlin, Grün Berlin GmbH“

Ansatz 2022	180 000 Euro	+ 70 000 Euro
Ansatz 2023	180 000 Euro	+ 70 000 Euro

Begründung: Erhöhung zur Ausweitung von Projekten z. B. im Rahmen der Umweltbildung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 19, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	+ 50 000 Euro

Begründung: Finanzierung des Projektes „Kinderlabor Curioso“, das Naturbildungsarbeit in einem sozial benachteiligten Gebiet anbietet. Das Projekt deckt einen großen Bedarf in einem einkommensschwachen und sozial benachteiligten Stadtgebiet ab.

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: Neue Ziffer 17: „Kinderlabor Curioso“
2022: 50.000 €
2023: 50.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU

Teilansatz neu „Alles im Fluss der wirBERLIN gGmbH“

Ansatz 2022	+ 100 000 Euro
Ansatz 2023	+ 100 000 Euro

Begründung: Zuschuss für die Initiative „Alles im Fluss“ für Projekte des Gewässerschutzes.

Danny Freymark (CDU) erklärt, das große Engagement der Beteiligten und vielen Freiwilligen von „Alles im Fluss“ habe es verdient, über den Haushalt abgesichert zu werden. Seit mehr als zehn Jahren kenne und schätze er dieses Engagement. In der Vergangenheit habe die Stiftung Naturschutz mehrfach über Projektmittel dieses Projekt abgesichert. Selbiges umfasse unter anderem Gespräche über die Rolle der Gewässer und des Wasserschutzes sowie Aufrufe zu „Saubermachtagen“ in vielen Kiezen. An den Clean-up-Days hätten stets fast alle Fraktionen teilgenommen. Er bitte die Koalitionsfraktionen, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen oder aber an anderer geeigneter Stelle für eine Finanzierung zu sorgen.

Benedikt Lux (GRÜNE) gibt an, bei den Koalitionsfraktionen herrsche durchaus eine große Sympathie für den Antrag der CDU-Fraktion. Alle gemeinsam sähen es als eine Notwendigkeit an, dass „Alles im Fluss“ seine wichtige Arbeit fortführe. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen sei allerdings keine Meldung angekommen, dass das Projekt eine Absicherung benötige. Für seine Fraktion bitte er SenUMVK, alle Möglichkeiten auszuschöpfen – etwa in anderen Förderprogrammen oder bei der Stiftung Naturschutz –, um das Überleben von „Alles im Fluss“ zu sichern.

Nina Lerch (SPD) bemerkt, dem schließe sie sich für die SPD-Fraktion, bei der ebenso wenig eine Bedarfsmeldung eingegangen sei, an. Genau wie ihre beiden Vorredner halte sie das Projekt für unterstützenswert.

Felix Reifschneider (FDP) regt an, dass, um den vorgetragenen Wünschen zu entsprechen, ein neuer Änderungsantrag mit einem Nullansatz eingebracht werde, damit im Rahmen der Barmittelbewirtschaftung der Jahre 2022 und 2023 dem neu geschaffenen Teilansatz Mittel zugeführt werden könnten.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) sagt zu, er werde das prüfen lassen und ggf. umsetzen.

Danny Freymark (CDU) äußert, er danke für die allseitige Wertschätzung von „Alles im Fluss“. In Anbetracht der Tatsache, dass die Initiative nicht an die Abgeordneten herangetreten sei, erscheine eine Zurückstellung sinnvoll, um eine Lösung zu finden. Den Ansatz des Abgeordneten Reifschneider empfinde er, unbenommen der Qualität des CDU-Antrags, als gut.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, dass über den Antrag abgestimmt und das Ganze im Hauptausschuss geklärt werde. Andernfalls könnte nach einem Zurückziehen des Antrags der CDU-Fraktion ein gemeinsamer Antrag mit den Koalitionsfraktionen im Ausschuss gestellt werden.

Danny Freymark (CDU) merkt an, dass entweder der Antrag zurückgestellt werden solle, um für eine Klärung zu sorgen, oder man komme auf den Vorschlag des Abgeordneten Reifschneider zurück. Letzteres koste erst einmal kein Geld, ermögliche aber, dass die Verwaltung bei Bedarf Mittel zur Verfügung stelle.

Benedikt Lux (GRÜNE) bekundet, seine Fraktion könne diesen Weg mitgehen, wenn dadurch gesichert sei, dass „Alles im Fluss“ noch mehrere Optionen habe. Er wolle ausschließen, dass ein Titel mit 0 Euro eingestellt werde, und am Ende sei keine Förderung aus anderen Quellen möglich. Ihm genüge allerdings das Wort des Senats, dass aus einem der vielen Fördertöpfe Geld bereitgestellt werde, um „Alles im Fluss“ weiter zu finanzieren.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) bringt vor, diese Fragen bedürften einer technischen Klärung, die ein wenig Zeit erfordere. Er habe signalisiert bekommen, dass ein Sondertitel nicht einfach sei.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** stellt der **Ausschuss** den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU zurück, bis SenUMVK die offenen Fragen geklärt habe.

Änderungsantrag Nr. 20, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 50 000 Euro
Ansatz 2023 + 50 000 Euro

Begründung: Finanzierung des Projektes „Nirgendwo“, das Umwelt- und Naturbildungsarbeit in einem sozial benachteiligten Gebiet anbietet. Das Projekt deckt einen großen Bedarf in einem einkommensschwachen und sozial benachteiligten Stadtgebiet ab.

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: neue Ziffer 18: „Projekt ‚Nirgendwo‘ (Umwelt- und Naturbildungsarbeit)“
2022: 50.000 €
2023: 50.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 21, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 50 000 Euro
Ansatz 2023 + 50 000 Euro

Begründung: Finanzierung der Naturbildungsarbeit des Museums für Naturkunde

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: neue Ziffer 19: „Naturbildungsarbeit des Museums für Naturkunde“
2022: 50.000 €
2023: 50.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 22, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 50 000 Euro
Ansatz 2023 + 50 000 Euro

Begründung: Naturbildungsarbeit des Botanischen Gartens

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: neue Ziffer 20: „Naturbildungsarbeit des Botanischen Gartens“

2022: 50.000 €
2023: 50.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 23, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Teilansatz 13 „Naturschutzstation Hahneberg Landschaftspflegeverband Spandau e.V.“

Ansatz 2022	50 000 Euro	+ 35 000 Euro
Ansatz 2023	50 800 Euro	+ 49 200 Euro

Begründung: Mehr aufgrund der steigenden Aufgaben [sic!].

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: Ziffer 13. Naturschutzstation Hahneberg, Landschaftspflegeverband Spandau e.V.
2022: 85.000 €
2023: 100.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

MG 01 – Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030)

Titel 54121 – Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 96, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der FDP

Ansatz 2022	4 596 000 Euro	- 451 400 Euro
Ansatz 2023	2 422 000 Euro	- 570 000 Euro

Begründung: In diesem Titel ist u. a. ein großer Anteil Kampagnen enthalten. Diese sind nicht erforderlich, da von einer hohen Bereitschaft, sich eigenständig zu informieren, ausgegangen wird.

	2022	2023
1. Sonstiges	0	0
2. HF Energie	- 380.000	- 570.000
3. HF Gebäude	0	0
4. HF Wirtschaft	- 71.400	0
5. HF Verkehr	0	0
6. HF PHK	0	0
7. Klimaanpassung	0	0

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	4 596 000 Euro	- 3 566 000 Euro
Ansatz 2023	2 422 000 Euro	- 1 322 000 Euro
VE 2022	3 000 000 Euro	- 2 000 000 Euro
VE 2023	3 000 000 Euro	- 2 000 000 Euro

Begründung: Es wurden in den vergangenen zwei Jahren viele Orchideenprojekte und wenige wirklich sinnvolle Projekte verwirklicht. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet, nicht in allerlei Projekte mit der Gießkanne verteilt werden. Daher ist der Ansatz zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die Erhöhung der Resilienz von Straßenbäumen, Energiesparberatung, Stromspeicher, Heizungsmodernisierung/Brenneraustausch und Beratung, z. B. zum Thema Solarnutzung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68120 – Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	50 000 Euro	- 50 000 Euro
Ansatz 2023	50 000 Euro	- 50 000 Euro

Begründung: Es liest sich wie ein schlechter Scherz, dass hier im Jahr 2020 Lastenfahrräder für Bezirksschornsteinfeger im Volumen von 8.482,98 Euro kofinanziert wurden. Den Klimaschutz fördern die Schornsteinfeger durch gute Arbeit, technische Kontrolle und Minimierung der Emissionen, Optimierung der Heizungs- und Lüftungsanlagen, aber kaum durch das Umherradeln mit Lastenfahrrädern. 2021 flossen von geplanten 200.000 Euro exakt null Euro ab. Die Haushaltsstelle ist offenkundig überflüssig, sie wird ganz gestrichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68236 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 97, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	460 000 Euro	- 290 000 Euro
Ansatz 2023	200 000 Euro	- 30 000 Euro

Begründung: Sinnvolle Maßnahmen wie das Abfallmanagement der BIM sind nicht dermaßen kostenintensiv. Daher Kürzung der Ansätze auf ein realistisches Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68301 – Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 98, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	150 000 Euro	- 90 000 Euro
Ansatz 2023	100 000 Euro	- 40 000 Euro

Begründung: Sinnvolle Maßnahmen wie das Mobilitätsprojekt „Deine Flotte“ oder Schulgärten nicht so kostenintensiv. Daher Kürzung der Ansätze auf ein realistisches Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68478 – Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 98 A, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	1 161 000 Euro	- 561 000 Euro
Ansatz 2023	1 101 000 Euro	- 481 000 Euro

Begründung: Sinnvolle Maßnahmen wie das Projekt „Kleingehölze/krautige Pflanzen“, „Klimaanpassung und Regenwassermanagement“ oder grüne Schulhöfe so wie Verbraucherberatung nicht so kostenintensiv. Nicht überzeugend sind „CARBONALE - Festival für Klimakultur“ oder der „Klimazirkus“ auf dem Tempelhofer Feld, solche eventpädagogischen, fast schon religiös anmutenden Aktivitäten sollten nicht mit Steuergeldern gefördert werden, genauso wenig der Aktivismus „Walk for the Future“. Daher Kürzung der Ansätze auf ein angemessenes Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68527 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 99; Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	383 000 Euro	- 150 000 Euro
Ansatz 2023	543 000 Euro	- 390 000 Euro
VE 2022	500 000 Euro	- 400 000 Euro

VE 2023 500 000 Euro - 400 000 Euro

Begründung: Maßnahmen wie das Projekt „Mehrwegbecher“ oder „HYPO-Pakt Trinkverhalten“ mögen sinngebend sein, haben aber nur ganz am Rand einen indirekten Bezug zum BEK 2030. Daher Kürzung der Ansätze auf ein angemessenes Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 70136 (neu) – Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 100; Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	700 000 Euro	- 150 000 Euro
Ansatz 2023	1 550 000 Euro	- 970 000 Euro
VE 2022	2 000 000 Euro	- 1 900 000 Euro
VE 2023	2 000 000 Euro	- 1 900 000 Euro

Begründung: Gründächer und PV-Anlagen zu kombinieren kann in Einzelfällen eine klimaverbessernde Maßnahme sein, jedoch erscheinen die Ansätze für die realen Projekte überhöht. Daher Kürzung der Ansätze auf ein angemessenes Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 89136 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 101, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	2 213 000 Euro	- 563 000 Euro
Ansatz 2023	3 218 000 Euro	- 2 618 000 Euro
VE 2022	3 000 000 Euro	- 2 400 000 Euro
VE 2023	3 000 000 Euro	- 2 400 000 Euro

Begründung: Die Maßnahmen der BIM zu Wärmepumpen und Energiemanagement klingen sinnvoll, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht. Daher Kürzung der Ansätze auf ein notwendiges Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU

Ansatz 2022	2 213 000 Euro	- 400 000 Euro
Ansatz 2023	3 218 000 Euro	- 1 000 000 Euro

Begründung: Reduzierung aufgrund deutlich geringerer Mittelabflüsse in den vergangenen Jahren.

Danny Freymark (CDU) bemerkt, dass auf der Suche nach einer Gegenfinanzierungsmöglichkeit für eigene Änderungsvorschläge vor allem größere Posten wie der Titel 89136 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – infrage kämen. Rein inhaltlich betrachtet befürwortete seine Fraktion eine Kürzung der Ansätze dieses Titels nicht. Stattdessen plädierte die CDU-Fraktion mit Blick auf das BEK grundsätzlich für eine Stärkung der finanziellen und personellen Ausstattung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU ab.

Titel 89236 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	800 000 Euro	- 620 000 Euro
Ansatz 2023	800 000 Euro	- 800 000 Euro
VE 2022	2 500 000 Euro	- 2 500 000 Euro
VE 2023	2 500 000 Euro	- 2 500 000 Euro

Begründung: Die Maßnahme der BEHALA zur Erdgas-/Biogastankstelle klingt sinnvoll, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht. Daher Kürzung der Ansätze auf das tatsächliche Maß, Streichung für 2023.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 89336 – Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 102, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 18 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	4 700 000 Euro	- 2 600 000 Euro
Ansatz 2023	4 525 000 Euro	- 2 425 000 Euro
VE 2022	4 500 000 Euro	- 2 400 000 Euro
VE 2023	4 500 000 Euro	- 2 400 000 Euro

Begründung: Die Maßnahmen Einbau Stromspeicher und Austausch alter Heizungssysteme klingen sinnvoll, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht. Daher Kürzung der Ansätze auf das tatsächliche Maß.

Frank-Christian Hansel (AfD) meint, es erscheine sinnvoll, generell auf eine mündliche Begründung zu verzichten, sofern der jeweilige Änderungsantrag schriftlich begründet worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ sagt, dann werde er bei Änderungsanträgen der AfD-Fraktion in den geschilderten Fällen nicht mehr nach einer Begründung fragen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 18 der AfD-Fraktion ab.

Titel 89436 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – Lfd. Nr. 103, Bericht Nr. 66

Änderungsantrag Nr. 19 der AfD-Fraktion

Ansatz 2022	3 251 000 Euro	- 1 360 000 Euro
Ansatz 2023	3 470 000 Euro	- 2 930 000 Euro
VE 2022	3 000 000 Euro	- 2 450 000 Euro
VE 2023	3 000 000 Euro	- 2 450 000 Euro

Begründung: Die verschiedenen Maßnahmen mögen sinnvoll sein, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht. Daher Kürzung der Ansätze auf das tatsächliche Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 19 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 24, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	3 251 000 Euro	- 300 000 Euro
Ansatz 2023	3 470 000 Euro	- 500 000 Euro

Begründung: Weniger für Mittelverwendung in zügiger umsetzbaren Klima- und Umweltschutzprojekten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

MG 03 (neu) – Grün Berlin

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH – Lfd. Nr. 107, Bericht Nr. 69

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der FDP

Unterpunkt „Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes“

Ansatz 2022	4 192 400 Euro	- 500 000 Euro
Ansatz 2023	4 368 970 Euro	- 500 000 Euro

Begründung: Die Bewirtschaftung des Tempelhofer Feldes kann kostengünstiger erfolgen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 25, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	31 765 000 Euro	- 500 000 Euro
Ansatz 2023	33 374 000 Euro	- 700 000 Euro

Begründung: Weniger aufgrund geringeren Mittelabfluss.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen – Lfd. Nr. 109, Bericht Nr. 69

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU

Ansatz 2022	9 757 000 Euro	- 1 887 000 Euro
Ansatz 2023	8 600 000 Euro	- 1 860 000 Euro

Begründung: Reduzierung aufgrund deutlich geringerer Mittelabflüsse in den vergangenen Jahren.

Danny Freymark (CDU) verweist auf seine Begründung zum Änderungsantrag Nr. 10 seiner Fraktion.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU ab.

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen – Lfd. Nr. 110, Bericht Nr. 69

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU

Ansatz 2022	8 545 000 Euro	- 3 000 000 Euro
Ansatz 2023	7 201 000 Euro	- 3 000 000 Euro

Begründung: Reduzierung aufgrund deutlich geringerer Mittelabflüsse in den vergangenen Jahren.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten

Änderungsantrag Nr. 26, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	2 353 000 Euro	+ 250 000 Euro
Ansatz 2023	2 404 000 Euro	+ 500 000 Euro

Begründung: Für verbesserte Maßnahmen für den Forstschutz, für mehr Sanierungs- und Renaturierungsarbeiten, für die Beseitigung verstärkt zu erwartender Schäden durch Extremwetterereignisse.

Dunja Wolff (SPD) äußert eingangs, dass sie für die strikte und klare Sitzungsleitung danke. – Die Koalitionsfraktionen wollten die Berliner Forsten so weit wie möglich unterstützen, um die existierende Waldfläche zu erhalten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) teilt mit, dass ihre Verwaltung die noch offenen Fragen hinsichtlich des zurückgestellten Änderungsantrags Nr. 9 der Fraktion der CDU geklärt habe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ kündigt an, er werde den Antrag noch einmal aufrufen, sobald das Kapitel 0751 – Berliner Forsten abgeschlossen sei.

Titel 54109 – Mischwaldprogramm – Lfd. Nr. 117, Bericht Nr. 73

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der FDP

Ansatz 2022	1 200 000 Euro	+ 200 000 Euro
Ansatz 2023	1 000 000 Euro	+ 200 000 Euro

Begründung: Der klimaresiliente Umbau des Berliner Waldes soll auf einem zügigen Pfad fortgeführt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU

Ansatz 2022	1 200 000 Euro	--
Ansatz 2023	1 000 000 Euro	+ 600 000 Euro

Begründung: Die Umgestaltung der Berliner Wälder zu leistungsfähigen Mischwäldern ist ein wichtiger Bestandteil zur Anpassung an den Klimawandel und zur Erhaltung eines lebenswerten Stadtklimas. Erhöhung, um das Programm im notwendigen Umfang fortführen zu können.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 27, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	1 200 000 Euro	+ 300 000 Euro
Ansatz 2023	1 000 000 Euro	+ 500 000 Euro

Begründung: Mehr für konstante Fortführung des Waldumbaus aus Klimaschutzgründen.

Julia Schneider (GRÜNE) betont, dass es bei diesem Titel um das Thema Waldumbau gehe, das weit über die Erhaltung des Waldes hinausreiche. Für das Mischwaldprogramm seien weitere Mittel nötig. Hinsichtlich der Gründe für den Waldumbau mithilfe des Mischwaldprogramms verweise sie auf die bereits geführte Debatte in diesem Ausschuss.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der FDP

Beteiligung Internationale Grüne Woche

Ansatz 2022	20 000 Euro	- 20 000 Euro
Ansatz 2023	35 000 Euro	- 35 000 Euro

Begründung: Die Mittel für die Beteiligung an der Internationalen Grünen Woche sind nicht erforderlich. Ein politischer Mehrwert ist nicht erkennbar.

Danny Freymark (CDU) bekundet, dass er den Änderungsantrag angesichts der geringen Summen nicht nachvollziehen können. Was sei die politische Botschaft dahinter?

Felix Reifschneider (FDP) unterstreicht, dass sich seine Fraktion auch über die verhältnismäßig kleinen Beträge Gedanken mache. Eine Beteiligung Berlins bzw. der Berliner Forsten an der Internationalen Grünen Woche halte seine Fraktion für nicht erforderlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der FDP ab.

Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit – Lfd. Nr. 118, Bericht Nr. 74

Änderungsantrag Nr. 28, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	1 400 000 Euro	+ 110 000 Euro
Ansatz 2023	1 400 000 Euro	+ 160 000 Euro

Begründung: Verstärkte Mittelansätze für zu erwartende Tarifsteigerungen incl. Erfahrungsstufenhebungen und die gestiegenen Aufwendungen für die Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit.

Julia Schneider (GRÜNE) bemerkt, sie danke den Waldschulen für deren wichtige Arbeit. Immer mehr Schülerinnen und Schüler nähmen daran teil, sodass der Bedarf steige.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Änderungsantrag Nr. 29, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	450 000 Euro	+ 35 000 Euro
Ansatz 2023	450 000 Euro	+ 50 000 Euro

Begründung: Finanzielle Absicherung der tarifvertraglichen Steigerungen des Ökowerks.

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU

Ansatz 2022	450 000 Euro	+ 66 000 Euro
Ansatz 2023	450 000 Euro	+ 107 000 Euro

Begründung: Das Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin wird derzeit mit großem Aufwand energetisch saniert und damit zu einem Leuchtturmprojekt in Berlin. Aufgrund der Arbeiten stehen dem Ökowerk weniger selbst erwirtschaftete Mittel zur Verfügung. Daher Erhöhung zur Sicherstellung der Arbeit des Ökowerks.

Danny Freymark (CDU) äußert, es freue ihn, dass die Koalitionsfraktionen eine zusätzliche Unterstützung des allseits geschätzten Ökowerks in Aussicht stellten. Das sei ein deutlicher Aufwuchs. – An den Senat richte er den Hinweis, dass die dortige WLAN-Anbindung Schwierigkeiten bereite. Möglicherweise könne der Senat unterstützend wirken. Er selbst habe sich bereits an die Telekom gewandt. – Er werbe für den Änderungsantrag seiner Fraktion, der noch etwas höhere Mittel als derjenige der Koalitionsfraktionen vorsehe.

Julia Schneider (GRÜNE) erklärt, die Koalitionsfraktionen wollten ihren Änderungsantrag Nr. 29 zurückziehen und durch eine neue Fassung, die bereits als Tischvorlage verteilt worden sei, ersetzen; diese laute wie folgt:

Änderungsantrag Nr. 29, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	450 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2023	450 000 Euro	+ 80 000 Euro

Begründung: Finanzielle Absicherung der tarifvertraglichen Steigerungen des Ökowerks.

Sie sei ebenfalls der Auffassung, dass das Ökowerk eine wichtige Arbeit leiste. Nach Rücksprache erscheine es insbesondere für das Jahr 2023 notwendig, den Ansatz stärker zu erhöhen als für das laufende Jahr, um die Tarifsteigerungen aufzufangen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke in der geänderten Fassung zu.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ kommt zurück auf den zuvor zurückgestellten Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU:

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün – Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – Lfd. Nr. 89, Bericht Nr. 65

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU

Teilansatz neu „Alles im Fluss der wirBERLIN gGmbH“

Ansatz 2022	+ 100 000 Euro
Ansatz 2023	+ 100 000 Euro

Begründung: Zuschuss für die Initiative „Alles im Fluss“ für Projekte des Gewässerschutzes.

Er weise darauf hin, dass der Antrag im Fall eines neuen Teilansatzes schriftlich zu stellen sei, beziehungsweise müsse klar sein, welche Fraktion bzw. Fraktionen diesen Antrag stelle bzw. stellten.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) schildert, dass seine Verwaltung eine Prüfung vorgenommen habe. Im Ergebnis erscheine es nicht sinnvoll, sicherheitshalber einen Teilansatz mit 0 Euro aufzunehmen. Stattdessen biete SenUMVK an, einen möglichen Förderantrag des Vereins wohlwollend zu prüfen und in Rechnung zu stellen.

Danny Freymark (CDU) sagt, der Vorschlag sei gut; alternativ müsste der Hauptausschuss tätig werden. Er vertraue aber auf das Wort des Staatssekretärs.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ fragt nach, ob er die Einlassung des Abgeordneten Freymark richtig verstehe, wonach die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückziehe.

Danny Freymark (CDU) antwortet, dass dem so sei. Im Übrigen sei unklar, ob der Antrag in diesem Ausschuss überhaupt formal korrekt gestellt werden könnte.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist nach Beratung mit dem Ausschussbüro darauf hin, dass Klarheit darüber zu schaffen sei, ob der Antrag gestellt oder zurückgezogen werde.

Danny Freymark (CDU) erwidert, wenn er den Antrag stellen dürfe, stelle er ihn.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU ab.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0780 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Verbraucherschutz –

Titel 54010 – Dienstleistungen – Lfd. Nr. 124, Bericht Nr. 78

Änderungsantrag Nr. 30, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Zu Nr. 8: Lebensmittelbetrug bekämpfen

Ansatz 2022	50 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	100 000 Euro	- 50 000 Euro

Begründung: Betrag in 2023 zu hoch angesetzt.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Titel 54068 – Ausgaben für den Tierschutz

Änderungsantrag Nr. 31, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	20 000 Euro	+ 30 000 Euro
Ansatz 2023	50 000 Euro	+ 50 000 Euro

Begründung: Mehr für Verstärkung der Maßnahmen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) – Lfd. Nr. 126, Bericht Nr. 80

Änderungsantrag Nr. 32, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	24 138 000 Euro	- 200 000 Euro
Ansatz 2023	25 013 000 Euro	- 400 000 Euro

Begründung: Weniger aufgrund geringeren Bedarfs.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Titel 68451 – Zuschüsse für den Tierschutz – Lfd. Nr. 127, Bericht Nr. 81

Änderungsantrag Nr. 33, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	484 000 Euro	+ 100 000 Euro
Ansatz 2023	502 000 Euro	+ 100 000 Euro

Begründung: Mehr zur verstärkten Unterstützung der Maßnahmen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie – Lfd. Nr. 128, Bericht Nr. 82

Änderungsantrag Nr. 34, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	1 879 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	1 885 000 Euro	+ 50 000 Euro

Begründung: Mehr zur Förderung von Lebensmittelpunkten für die Lebensmittelpunkte in allen Berliner Bezirken und Konzeption für das Ernährungscampus.

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: Der letzte Satz der Titelerläuterung wird gestrichen und wie folgt neu gefasst: Darüber hinaus sollen weitere Projekte im Rahmen der Umsetzung der Ernährungsstrategie und für Lebensmittelpunkte (je 50.000 € in 2022 und 2023) gefördert werden.

Benedikt Lux (GRÜNE) hebt hervor, dass es als das Verdienst der verbraucherpolitischen Sprecherinnen in der letzten Legislaturperiode anzusehen sei, dass gemeinsam eine Ernährungsstrategie für Berlin habe aufgesetzt werden können. Diese werde 2022 und 2023 noch einmal in bedeutendem Umfang gestärkt. Den Koalitionsfraktionen sei es gelungen, darüber hinaus Mittel in geringerem Umfang für die Lebensmittelpunkte zur Verfügung zu stellen.

Bei dieser Gelegenheit wolle er ein Plädoyer für eine gesunde Ernährung halten. In Zeiten steigender Lebensmittel- und Verbrauchspreise stelle es eine Kernkompetenz gerade junger Menschen von der Kita an dar, sich selbst verpflegen und dabei möglichst gesund ernähren zu können. Das sei ein Appell in alle Richtungen. Die Grünen hätten besonders mit Blick auf die Jahre 2024 und 2025 nicht das erreicht, was sie hätten erreichen wollen, um die wichtige Arbeit der Ernährungsstrategie und der Kantine Zukunft abzusichern. Er werbe dafür, sich das Projekt Ernährungsstrategie samt seiner sozialen Wirkung noch einmal genauer anzusehen. Zwar könne die Landesebene nicht die Lebensmittelpreise bestimmen, aber doch die Kompetenz der Menschen fördern, sich auch mit wenig Geld gesund und gut zu ernähren.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bemerkt in seiner Eigenschaft als ernährungs- und landwirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, dass es sich bei der Ernährungsstrategie um ein grünes Projekt handle. Dabei gehe es um gutes Essen für alle. Die Kantine Zukunft, deren Teams die Küchen beispielsweise von Landesunternehmen, Schulen und Kitas besuchten, sei ein gutes Beispiel dafür, wie das in die Tat umgesetzt werden könne.

Wäre es nach seiner Fraktion gegangen, fiele die Erhöhung des Ansatzes noch stärker aus. Auch eine Verpflichtungsermächtigung habe seine Fraktion innerhalb der Koalition nicht durchsetzen können. Ohnehin könne der Ausschuss hierbei lediglich eine Empfehlung abgeben; entschieden werde im Hauptausschuss. Er werbe für eine Unterstützung des Abgeordnetenhauses zugunsten der Ernährungsstrategie.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu.

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. – Lfd. Nr. 129, Bericht Nr. 83

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der FDP

Ansatz 2022	2 118 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	2 218 000 Euro	+/- 0 Euro
VE 2022	--	+/- 0
VE 2023	--	+ 6 354 000 Euro

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: Die Titelerläuterung wird wie folgt ergänzt: Die Verbraucherzentrale ist bis zum Ende der Legislaturperiode abzusichern.

Die VE werden fällig:

2024: 2.218.000

2025: 2.218.000

2026: 2.218.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 35, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	2 118 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	2 218 000 Euro	+/- 0 Euro
VE 2022	--	+ 2.218.000
VE 2023	--	+ 7.904.000

Davon fällig

-	2.368.000 € in 2024
-	2.768.000 € in 2025
-	2.768.000 € in 2026

Haushaltsvermerke: Einfügung eines qualifizierten Sperrvermerks: Die Verpflichtungsermächtigungen in 2023 sind gesperrt bis zur Klärung der Kosten des neuen Standorts der Verbraucherzentrale im Ostteil Berlins.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 36, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	2 118 000 Euro	+ 30 000 Euro
Ansatz 2023	2 218 000 Euro	+ 82 800 Euro

Begründung: Mehr für Projekt "DIGI-MEE(H)R" zur Medienbildung an Grundschulen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung – Lfd. Nr. 130, Bericht Nr. 84

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der FDP

Ansatz 2022	200 000 Euro	+ 20 000 Euro
Ansatz 2023	201 000 Euro	+ 20 000 Euro

Begründung: Die Mittel für die Verbraucheraufklärung erscheinen als zu gering mit Blick auf die Geflüchteten aus der Ukraine.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 37, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	200 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	201 000 Euro	+ 280 000 Euro

Begründung: Mehr zur Verstärkung der Maßnahmen. Der Ansatz wird erhöht, um Verbraucheraufklärung und die Projekte weiterführen zu können.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 38, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	200 000 Euro	+ 75 000 Euro
Ansatz 2023	201 000 Euro	+ 100 000 Euro

Begründung: Mehr für mobile Angebote der Berliner Verbraucherzentrale im Osten der Stadt.

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: neuer Anstrich nach dem bisherigen letzten Anstrich: „- mobile Angebote im Osten der Stadt (2022: 75.000 € / 2023: 100.000 €)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ohne Aussprache zu.

MG 02 - Landwirtschaft
Titel 68304 – Förderung der Tierzucht

Änderungsantrag Nr. 39, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Nr. 4

Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ für

a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung

Ansatz 2022	0 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	0 Euro	+ 60 000 Euro

Begründung: Mehr für Fortsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung und Gesunderhaltung der Honig-Bienenbestände.

Titelerläuterung/verbindliche Erklärung: 4 a) Die Stabilisierung der Honig-Bienenbestände und deren Gesunderhaltung: 2023: 60.000.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) erinnert in seiner Eigenschaft als naturschutzpolitischer Sprecher seiner Fraktion daran, dass einige Kolleginnen und Kollegen dem Thema Honigbiene in der letzten Legislaturperiode durchaus mit Vorbehalten bzw. mit mangelnder Ernsthaftigkeit begegnet seien, Stichwort: Maja. Vor diesem Hintergrund freue es ihn, dass sich in den vergangenen Jahren ein gesellschaftlicher Wandel in der Haltung zu den Honigbienen vollzogen habe. Über die Bedeutung der Honigbiene und anderer Bestäuber herrsche nunmehr Konsens, auch über die Fraktionen hinweg.

Für 2022 sehe der Änderungsantrag keinen erhöhten Ansatz vor, da die Summe in diesem Jahr nicht verausgabt werden könne. Für die Erhöhung mit Blick auf 2023 bitte er um Zustimmung.

Danny Freymark (CDU) stellt eingangs klar, dass seine Fraktion das Thema Honigbiene keineswegs belächelt habe. – Das langfristige Engagement des Kollegen Dr. Altuğ auf diesem Gebiet, das auf Zeiten zurückgehe, in denen die Grünen noch in der Opposition gewesen seien, habe sich gelohnt. Er unterstütze den Antrag voll und ganz. Damit verbinde er den Dank nicht nur für das Engagement, sondern auch für die Leitung der Sitzung.

Dunja Wolff (SPD) äußert gegenüber dem Abgeordneten Freymark, dass dessen Äußerungen zuvorkommend gewesen seien. Sie schließe sich dem Dank an. In der Tat habe es lange gedauert, bis das Thema ernst genommen worden sei. Den Antrag empfinde sie als wichtig.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) bekundet, dass sie sich für die konstruktiven Beratungen bedanke. Ebenso danke sie allen anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihrer Verwaltung, von denen sich viele im Nebenraum für etwaige Erläuterungen bereitgehalten hätten. Dass nicht allzu viele Nachfragen gestellt worden seien, werte sie als Kompliment für die Qualität der Berichte.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zu.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Übergreifende Fragen in Bezug auf Einzelplan 27

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Beratungen anhand der Synopse damit abgeschlossen seien. Er schließe sich dem von der Senatorin geäußerten Dank an alle, die sich eingebracht hätten, an.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Hauptausschuss, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0200 betreffend den Einzelplan 07 – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Drucksache 19/0200-Anlage mit den beschlossenen Änderungen und dem Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –, Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – möge zugestimmt werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ stellt abschließend fest, dass alle Berichte aus der Sammelvorlag, auch diejenigen, zu denen nicht gesprochen worden sei, zur Kenntnis genommen seien.

In diesem Zusammenhang bedanke er sich nochmals bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Senats für die umfassenden Auskünfte und die Zusammenarbeit. Ferner danke er dem Ausschussbüro. – Bei dieser Gelegenheit richte er die Bitte an die Koalitionsfraktionen, bei den nächsten Haushaltsberatungen die Änderungsanträge rechtzeitig einzureichen. Anstatt diese wie vereinbart bis Freitag um 12 Uhr vorzulegen, hätten sie das Ausschussbüro erst am Montagabend erreicht. Das gehe nicht an.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.